



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #9

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Am Mittwoch hat die EU-Kommission eine Mitteilung mit Orientierungen für einen reformierten wirtschaftspolitischen [Steuerungsrahmen der EU](#) angenommen. Diese tragen den Hauptkritikpunkten beim derzeitigen Rahmen Rechnung und zielen darauf ab, die Schuldentragfähigkeit zu stärken und durch Investitionen und Reformen ein nachhaltiges und integratives Wachstum zu fördern.

Wir Grüne betrachten den Vorschlag mit gemischten Gefühlen. Es ist gut, dass die EU Kommission bereit ist, die in der Umsetzung wirkungslosen Fiskalregeln zu überarbeiten. Sie bleibt aber auf halber Strecke stehen und lässt zu viele zentrale Fragen unbeantwortet.

Die Kernelemente des Vorschlags:

1. **Nationale mittelfristige Haushaltsstrukturpläne**, die die Haushalts-, Reform- und Investitionspolitik jedes Mitgliedstaats in einem gemeinsamen EU-Rahmen zusammenführen;

2. **Größere nationale Eigenverantwortung** und bessere Durchsetzung der vom Rat gebilligten finanzpolitischen Strukturpläne als Gegenstück zu einer stärkeren Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für diese Pfade;
3. Ein wirksamerer **Rahmen zur Erkennung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte**; und
4. Ein **fokussierterer und strafferer Rahmen für die Überwachung nach Abschluss des Programms**, der Rahmen zur Bewertung der Rückzahlungsfähigkeit von Mitgliedstaaten, die von Finanzhilfeprogrammen profitiert haben.

Die Orientierungen im Einzelnen:

Das defizitbasierte Verfahren bei übermäßigem Defizit (VÜD) würde beibehalten werden, während das schuldenstands-basierte Verfahren bei übermäßigem Defizit verstärkt und zu einem Schlüsselinstrument zur Durchsetzung der fortgesetzten Einhaltung der vereinbarten mehrjährigen Nettoprimärausgaben werden würde.

Für Mitgliedstaaten mit einem erheblichen oder mäßigen Problem der öffentlichen Verschuldung würde die Kommission einen mehrjährigen Referenzanpassungspfad in Bezug auf die Nettoprimärausgaben vorschlagen, der mindestens vier Jahre (ab Beginn der nationalen Legislaturperiode) abdeckt und Folgendes gewährleistet:

- die 10-Jahres-Schuldenkurve befindet sich auf einem plausiblen und kontinuierlich rückläufigen Pfad und
- das Defizit wird bei unveränderter Politik im gleichen 10-Jahres-Zeitraum unter dem Referenzwert von 3 % des BIP gehalten.

Jeder Mitgliedstaat legt einen mittelfristigen Haushaltsstrukturplan zur Bewertung durch die Kommission und zur Billigung durch den Rat vor. Die Pläne würden den mittelfristigen Haushaltspfad, Reform- und Investitionsverpflichtungen sowie Reformen zur Korrektur der Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU) umfassen.

Dem Mitgliedstaat kann eine Verlängerung des Anpassungszeitraums um höchstens drei Jahre gewährt werden, sofern er seinen Plan mit einer Reihe von Reformen und Investitionen untermauert, die nachhaltiges Wachstum und Schulden-tragfähigkeit unterstützen.

Investitionen beziehen sich auf gemeinsame EU-Prioritäten, einschließlich der nationalen Energie- und Klimapläne (ausgerichtet auf die Ziele des EU-Klimagesetzes), der nationalen Fahrpläne für das digitale Jahrzehnt und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.

Die Durchsetzungsmechanismen würden verstärkt:

- Der wirksame Einsatz von Finanzsanktionen würde durch eine Senkung ihrer Höhe eingeschränkt.
- Reputationsmaßnahmen: Die Minister der Mitgliedstaaten in dem VÜD könnten auch aufgefordert werden, dem Europäischen Parlament die Maßnahmen zur Erfüllung der VÜD-Empfehlungen vorzustellen.
- Makroökonomische Auflagen bestehen für die Strukturfonds und für die RRF + EU-Finanzierung könnte auch ausgesetzt werden, wenn die Mitgliedstaaten keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um ihr übermäßiges Defizit zu korrigieren.

Unsere Grüne Bewertung der Vorschläge:

Wir begrüßen, dass die EU-Kommission Komplexität des derzeitigen Rahmens kritisiert, besonders, dass er sich auf Indikatoren stützt, die auf nicht beobachtbaren Variablen wie der Produktionslücke und dem strukturellen Gleichgewicht beruhen (aber nicht auf dem potenziellen Wachstum, das ebenfalls nicht beobachtbar ist).

Es gibt mehr Spielraum für automatische Stabilisatoren, was zu besserer makroökonomischer Stabilisierung gerade bei makroökonomischen Schocks auf EU-Ebene führen kann.

Dass die EU-Kommission einen Fokus auf ökonomische Ungleichgewichte legt, ist zu begrüßen. Die EU-Kommission kritisiert selbst die Tatsache, dass sich die EU momentan auf die Reduzierung von Leistungsbilanzdefiziten und nicht auf die Reduzierung von Leistungsbilanzüberschüssen konzentriert, hat jedoch keine Änderung der Schwellenwerte vorgeschlagen.

Grundsätzlich ist es gut, dass die EU-Kommission auf die unterschiedliche ökonomische Lage in den Mitgliedsstaaten eingehen will. Ohne diese Flexibilität drohen die bisher zu starren Regeln wieder wirkungslos zu verpuffen.

Allerdings kritisieren wir scharf die fehlenden Kriterien zur Schuldenberechnung und dem Abbau. Auch ist die EU Kommission bei der Formulierung von Investitionskriterien sehr zurückhaltend. Ähnlich wie bei NextGenerationEU brauchen wir eine klare rechtliche Grundlage für Klimainvestitionen, andere zentrale Zukunftsinvestitionen und der Berechnung der Schuldentragfähigkeit.

Bei der Umsetzung muss neben dem Rat auch das Europäische Parlament eine stärkere Kontrollfunktion bekommen. Dies gilt sowohl bei der Erstellung der Pläne, wie bei der Kontrolle zur Einhaltung der Vereinbarungen.

Die EU-Kommission enttäuscht und lässt weite Teile der Implementierung zu einer Black Box verkommen.

Die Umsetzung und Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts dürfen nicht zu Hinterzimmerdeals zwischen EU Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten verkommen.

Wir begrüßen, dass die nationalen Pläne mit den nationalen Energie-Klima-Plänen und dem EU-Klimagesetz in Einklang gebracht werden müssen.

Allerdings bleibt völlig unklar welche Konsequenzen dies konkret für die Anrechnung und Ermöglichung von Klimainvestitionen in den nationalen Haushalten hat.

Wir Grüne hätten uns darüber hinaus auch eine grundsätzliche Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorstellen können. Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit unverändert und fügt eine zusätzliche Prüfungsebene auf der Grundlage eines neuen Verfahrens bei einem übermäßigen Schuldenstand hinzu. Die Defizitobergrenze von 3 % ist immer noch ein Maßstab für nationale Haushaltsentscheidungen.

Die Asymmetrie des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht bleibt unverändert, auch wenn sie im Text entfernt kritisiert wird.

Wir sehen die verstärkte makroökonomische Konditionalität als kritisch: Keine Genehmigung von EU-Fonds, wenn 3 % Defizit und Abwärtstrend der Verschuldung nicht eingehalten werden.

Es ist zu kritisieren, dass nichts zu Green-Budgeting-Instrumenten im Europäischen Semester oder zu anderen politikorientierten Haushaltsinstrumenten im Papier enthalten ist.

Die EU-Kommission beschreibt im Anhang zu ihrem Vorschlag, dass viele renommierte Institutionen wie Währungsfonds und Europäische Zentralbank sich für ein gemeinsame europäische Fiskalkapazität aussprechen.

Selbst haben sie aber nicht den Mut dazu, dies in der aktuellen Krise zu tun.

Für uns Grüne ist klar:

Wir brauchen eine Neuauflage von NextGenerationEU. Wir schlagen einen Grünen Investitionsfonds für die Transformation unserer Gesellschaft vor und wollen daraus überwiegend grenzüberschreitende echte europäische Projekte fördern.

Die Grüne Fraktion hat ein ausführliches Positionspapier zur Reformierung der Europäischen Fiskalpolitik ausgearbeitet: [Zum Positionspapier \(www.greens-efa.eu/en/article/positionpaper/reforming-eu-macroeconomic-governance\)](http://www.greens-efa.eu/en/article/positionpaper/reforming-eu-macroeconomic-governance)



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

Copyright © 2022, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier](#) um sich aus dem Verteiler abzumelden.